

V3

# Verschiedene Anträge

**Initiator\*innen:** Grüne Jugend Bielefeld (dort beschlossen am: 25.03.2024)

**Titel:** Gesundheit statt Profite!

## Antragstext

1 Das Gesundheitssystem wurde in den vergangenen Jahrzehnten systematisch  
2 unterfinanziert, sodass nicht nur massenhafte Klinikinsolvenzen in Kauf genommen  
3 wurden, sondern auch durch Privatinvestor\*innen, Profite auf Kosten unserer  
4 Gesundheit gemacht werden.

5 Ambulante oder digitale Behandlungsmethoden treiben das Kliniksterben voran und  
6 werden oft als unvermeidliche Modernisierungsmaßnahmen dargestellt, für uns ist  
7 jedoch klar: über die Behandlungsmethode entscheiden nicht die Kosten, sondern  
8 der Nutzen für die Patient\*innen! Ein gutes Gesundheitssystem heißt: Das Wohl  
9 der Menschen als oberste Priorität!

## 10 **Keine pauschalen Patient\*innen**

11 Wie die Neoliberalisierung der Kliniken die Qualität der Gesundheitsversorgung  
12 immer weiter verschlechtert, zeigt sich besonders am Fallpauschalen-System.  
13 Bestimmt werden diese Fallpauschalen, indem für Erkrankungen Kategorien erstellt  
14 werden, die anschließend die Verweildauer der erkrankten Person im Krankenhaus  
15 entscheidet. Aus diesem Grund tendieren Krankenhäuser dazu, Patient\*innen  
16 möglichst früh zu entlassen, um den größtmöglichen Gewinn zu erzielen.

17 Eine Alternative? Gibt es! Das Finanzierungsmodell der Selbstkostendeckung wurde  
18 bis 1992 angewandt und im Zuge einer stetigen Neoliberalisierung und daraus  
19 folgenden Privatisierungen abgeschafft. Bei diesem werden Pflegesätze für  
20 Krankenhäuser nach Personal, Sachmitteln und Krankenhausbetrieb berechnet, nicht  
21 etwa nach erbrachter Leistung.

22 Wir fordern: Bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung statt Fallpauschalen!  
23 Wiedereinführung der Selbstkostendeckung jetzt!

#### 24 **Gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen – jetzt!**

25 Katastrophale Arbeitsbedingungen und massiver Personalmangel: nicht zuletzt die  
26 Pandemie hat gezeigt, dass in NRW laut Ver.di 20.000 Fachkräfte in  
27 Krankenhäusern fehlen. Überstunden, belastungsbedingte Krankheiten und die  
28 Konfrontation mit menschenunwürdigen Verhältnissen lassen Pflegekräfte aus dem  
29 Job ausscheiden und machen ihn unattraktiv für Ausbildungssuchende.

30 Doch gerade damit die Attraktivität des Berufs wieder steigt, braucht es eine  
31 massive Entlastung der Pflegekräfte im Arbeitsalltag und damit mehr Pflegekräfte  
32 je Patient\*in.

33 Wir fordern: Solidarität statt gesellschaftlichem Druck auf die Pflege: Auch  
34 Pflegende dürfen ohne schlechtes Gewissen streiken! Es braucht mehr Personal,  
35 Entlastung und mehr Lohn jetzt!

36 Ein Reformversuch wurde 2022 mit dem Tarifvertrag-Entlastung durch die  
37 Beschäftigten von sechs Unikliniken in NRW nach wochenlangen Tarifverhandlungen  
38 erstritten. Dies war der längste Arbeitskampf in der Geschichte des  
39 Gesundheitssystems in NRW. Er legt unter anderem das Verhältnis zwischen  
40 Beschäftigten und Erkrankten auf verschiedenen Stationen fest und sieht freie  
41 Tage als Belastungsausgleich vor. Die Bilanz des Tarifvertrages ist nach einem  
42 Jahr jedoch ernüchternd. Der Vertrag konnte keine signifikanten Veränderungen  
43 bewirken: Personalmangel bleibt weiterhin bestehen und die Bewerksstellung des  
44 Pflegeaufwands kann nicht, oder nur durch Ausbeutung von Leiharbeiter\*innen,  
45 eingehalten werden. Das Problem reicht tiefer, unsere Krankenhäuser wurden  
46 kaputtgespart: Landesweit besteht ein Investitionsbedarf von 34,6 Milliarden  
47 Euro!

48 Wir fordern: Schluss mit oberflächlichen und zögerlichen Veränderungen. Wir  
49 müssen unser Gesundheitssystem von Grund auf reformieren. Dafür muss das Land  
50 massiv investieren und dafür muss sich NRW auf Bundesebene einsetzen.

#### 51 **Echte Hilfsangebote für alle Krankheiten**

52 Wenn es um das Wohl der Patient\*innen geht, bleibt die Situation der Menschen  
53 mit psychischen Erkrankungen jedoch ein blinder Fleck. Das Gesetz über Hilfen  
54 und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten ermöglicht trotz der Reformen  
55 von 2017 weiterhin die drastische Einschränkung der Rechte von Menschen mit

56 psychischen Erkrankungen, besonders in geschützten Psychiatrien, wo  
57 Zwangseinweisungen, -medikationen und Fixierungen traurige Realität sind und  
58 nicht selten in rechtlicher Entmündigung enden.

59 Menschen mit psychischen Erkrankungen leiden jedoch nicht nur unter einer  
60 Stigmatisierung innerhalb des Gesundheitssystems. Auch sind Bereiche wie  
61 Psychiatrien und psychotherapeutische Angebote von einer andauernden Verknappung  
62 betroffen.

63 Wir fordern: Gesundheitssystem auf Augenhöhe statt Entmündigung! Es braucht  
64 einen massiven Ausbau des psychotherapeutischen Angebots.

### 65 **Gleiches Recht für alle bei der Gesundheitsversorgung**

66 In ländlichen Regionen werden die fehlende Unterstützung des Staates und das  
67 Kliniksterben besonders deutlich. Dies erfordert dringend entschlossene  
68 Maßnahmen. Die Aufmerksamkeit muss auf die Lage der Bewohner\*innen ländlicher  
69 Gemeinden gelenkt werden, die zunehmend mit längeren Anfahrtswegen,  
70 eingeschränktem Zugang zu Dienstleistungen und einer schlechten Versorgung  
71 konfrontiert sind. Gerade auf dem Land verschärft der dortige demografische  
72 Wandel in Kombination mit der finanziellen Benachteiligung den Mangel an  
73 Gesundheitsdiensten.

74 Neben der Ungleichheit zwischen Stadt und Land können sich nicht mehr alle  
75 Menschen die Versorgung leisten und immer mehr ärztliches Fachpersonal zieht  
76 Privatversicherte vor. Es braucht einheitliche Regelung und keine Zwei-Klassen-  
77 Gesellschaft in der medizinischen Versorgung!

78 Wir fordern: Ob auf dem Land oder mit schmalem Geldbeutel- gute  
79 Gesundheitsversorgung für alle überall!

### **Begründung**

Erfolgt mündlich